

Dr. Wolfgang Peschorn  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMI-LR2220/0642-II/2/c/2019

Wien, am 31. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. September 2019 unter der Nr. **4158/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Beitrag zur Aufstockung der Frontex-Mittel“ gerichtet, die ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworte:

**Zur Frage 1:**

- *Laut einer Anfragebeantwortung durch das Bundesministerium für Inneres (2026/AB) stellte Österreich in den letzten Jahren 122 (2015), 362 (2016), 364 (2017), 390 (2018) Grenzbeamte\_innen für Frontex. Wie viele Personen hatte Österreich in den genannten Jahren jeweils zu entsenden vereinbart?*
  - a. *Hat die Republik Österreich in der Vergangenheit jemals ihren vereinbarten Personalbeitrag zu Frontex nicht erfüllt? Wenn ja, wann genau und was waren die Gründe dafür?*

Die in der Frage 1 dargestellten Zahlen stellen die insgesamt jeweils in den angeführten Jahren erbrachten Unterstützungsleistungen bzw. Beiträge der Republik Österreich dar. FRONTEX vereinbart jährlich im Rahmen von bilateralen Verhandlungen mit den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bedarfsbezogen deren jeweilige Unterstützungsleistungen bzw. Beiträge (Personal und Technik/Ausrüstung). Von der Republik Österreich wurden bisher die von FRONTEX angeforderten Unterstützungsleistungen bzw.

Beiträge erbracht. Darüber hinaus wurden von der Republik Österreich auch die von FRONTEX zusätzlich gestellten ad hoc-Anforderungen erfüllt.

**Zur Frage 2:**

- *In derselben AB schrieb der ehemalige Innenminister, dass es bisher noch nie Probleme mit der Rekrutierung gegeben hätte. Gleichzeitig ließen seine Wortmeldungen darauf schließen, dass es bei einer Aufstockung bzw. einem höheren Beitrag Österreichs zu solchen Rekrutierungsproblemen kommen könnte. Wie weit ist Österreichs Vorbereitung auf die Aufstockung der Anzahl der Grenzbeamten\_innen gemäß Kommissionsvorschlag bereits gediehen?*
  - a. *Welche konkreten Maßnahmen wurden bereits gesetzt, um die notwendige Anzahl zu rekrutieren bzw. auszubilden?*
  - b. *Welche sind noch geplant?*
  - c. *Wie viel zusätzliche finanzielle Mittel sind für die Aufstockung in den folgenden Jahren laut BMI-Rechnung erforderlich?*

Die verschiedenen operativen Auslandseinsatzpools (FRONTEX, bi- und multilaterale Einsätze, Dokumentenberater und EU/VN Missionen) wurden organisatorisch zusammengefasst. Da Exekutivbedienstete mit entsprechender Qualifikation nun aus allen genannten Pools auch für FRONTEX-Einsätze flexibel herangezogen werden können, erhöht sich der für FRONTEX einsetzbare Personalstand um rund 50 Exekutivbedienstete. Dadurch ist die Republik Österreich jedenfalls in der Lage, die für das Jahr 2020 im Stufenplan vorgesehenen Exekutivbediensteten bereitzustellen.

Gegenwärtig werden seitens der Europäischen Kommission technische Vorgaben zur Implementierung der neuen FRONTEX-Verordnung ausgearbeitet. Nach Abschluss dieser Arbeiten können von den Mitgliedstaaten weitere Schritte zur Erhöhung der Einsatzkapazitäten gesetzt werden.

Der budgetäre Mehrbedarf für die unter Frage 3 angeführten zusätzlichen Entsendungen von Exekutivbediensteten zu FRONTEX-Einsätzen ins Ausland beläuft sich aus derzeitiger Sicht für die von 2020 bis 2027 geplante schrittweise Erhöhung der Ressourcen aus dem Personalaufwand auf bis zu ca. 35,3 Millionen Euro. Eine teilweise Refundierung der Personalkosten aus EU-Budgetmitteln ist vorgesehen, die grundlegenden Regelungen seitens der Europäischen Kommission sind dazu aber noch nicht abgeschlossen. Eventuelle Mehrkosten im Sachaufwand sind von den jeweiligen Einsatzbedingungen abhängig und können derzeit nicht abgeschätzt werden. Auch die Refundierung des Sachaufwandes ist weiterhin vorgesehen.

**Zur Frage 3:**

- *Österreich müsste laut BMI bis 2027 200 zusätzliche EinsatzbeamtInnen zur Verfügung stellen, die jährlich bis zu ca. 1.200 Einsatzmonate im Rahmen von Frontex-Entsendungen Dienst verrichten. Ist es aus aktueller Sicht realistisch, dass Österreich diesen Beitrag leisten kann?*

Ja, die vorgesehene Beitragsleistung ist als realistisch zu beurteilen. Die Republik Österreich hat sich verpflichtet, schrittweise bis zum Jahr 2027 193 Exekutivbedienstete stellen. Da die Exekutivbediensteten bei kurzfristigen Einsätzen nur zwischen vier Wochen bis maximal vier Monaten pro Jahr eingesetzt werden, ergibt sich in Summe ein jährliches Vollbeschäftigtenäquivalent von rund 110 Exekutivbediensteten. Im Bundesministerium für Inneres laufen die budgettechnischen Vorbereitungsarbeiten, so dass der budgetäre Mehrbedarf vom Gesetzgeber mit den Bundesfinanzgesetzen bzw. Bundesfinanzrahmengesetzen ab dem Jahr 2020 sichergestellt werden kann.

Dr. Wolfgang Peschorn



